
Hans Hertel
Deutschland
stirbt
nicht!

HANS HERTEL

DEUTSCHLAND STIRBT NICHT!

Diese Rede wurde am 18. Januar 1971 aus Anlaß des hundertsten Jahrestages der Gründung des Bismarck-Reiches vor dem Dachverband bremischer Soldatenverbände gehalten.

Selbstverlag
Hans Hertel, 28 Bremen, Schönhausenstraße 8
Druck: fr. G. Knauers Buchdruckerei (Anton Petzold), Syke, Mühlendamm 5
Einzelpreis 1,– DM
Titelzeichnung Hans Arlart

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Völker, denen die natürliche Bindung zu ihrer eigenen Vergangenheit verloren gegangen ist, haben keine Zukunft. Deshalb kann eine Rede, die am 100. Jahrestag der Reichsgründung von 1871 gehalten wird, nicht allein der Erinnerung an einen Ehrentag der deutschen Geschichte dienen, so nahe diese Versuchung auch für ein Volk liegen mag, dem heute nur noch die schwarzen Seiten seiner Vergangenheit aufgezeigt werden.

Der Tag der Reichsgründung ist auch kein Anlaß zu einer Feier, denn auf den Trümmern des Bismarck-Reiches haben wir allen Anlaß zu nationaler Trauer. Aber weder der Stolz auf eine ruhmvolle Vergangenheit, noch die Trauer über eine würdelose Gegenwart weisen uns für sich allein einen Weg in die Zukunft. Ihn zu finden wird uns nur möglich sein, wenn wir den Mut haben, die Lehren zu erkennen, die uns die Vergangenheit erkennbar aufzeigt, auch wenn es bittere Lehren für uns sind.

Eine Reise in die Vergangenheit gehört zu den größten Abenteuern, die ein Deutscher heute unternehmen kann. Geographisch ist der Horizont der heute lebenden Generation ungleich weiter als derjenige der Menschen vor einem Jahrhundert. Die Reisewelle trägt die deutschen Urlauber ans Nordkap und nach Afrika, nach Japan oder nach Kalifornien. Die Welt steht den Deutschen offen. Ganz anders aber ist es, wenn der Deutsche in seine eigene Vergangenheit reisen will. Zwar kostet das weniger Geld, aber bedeutend mehr Denkvermögen, und hier offenbart sich uns die verwunderliche Tatsache, daß der Mut zu selbständigem Denken bei allgemein steigendem Wohlstand verkümmert ist. Materieller Reichtum führt offenbar nicht zu einem Reichtum an Wissen, sondern zu Oberflächlichkeit und Halbbildung. Es gibt Bildungsreisen nach Griechenland und Kleinasien, aber bei Bildungsfahrten in die deutsche Vergangenheit werden die wenigen, die sich überhaupt dazu entschließen, schon vor der Abfahrt manipuliert und auf bestimmten Wegen zu den erwünschten Zielen geleitet. Unerwünscht und daher in den „Reiseprospekten" der heutigen Meinungsmacher nicht enthalten, sind alle die Erinnerungsstätten, die dem Deutschen zeigen würden, daß unsere Geschichte nicht nur aus Niederlagen, Unglücksfällen oder gar Verbrechen besteht, sondern auch glanzvolle Höhepunkte aufzuweisen hat. Die Erinnerung an solche Lichtpunkte birgt ja die riesige Gefahr in sich, daß Vergleiche mit der Gegenwart angestellt werden. Deshalb wird die Straße zu den Zeugen der großen deutschen Vergangenheit mit Stopp-Schildern gesperrt und der Verkehr durch Umleitungen auf die Einbahnstraße geleitet, die zu den politischen, militärischen oder gar moralischen Tiefpunkten unserer Vergangen-

heit führt. Das so erworbene „Geschichtsbild“ kann nur einseitig sein, kollektive Schuldgefühle wecken und einen nationalen Minderwertigkeitskomplex zementieren.

Genau so einseitig ist es, nur die Höhepunkte nationaler Geschichte zu untersuchen und zu betrachten, weil dadurch eine Überheblichkeit entstehen muß, die zur Bewältigung der Gegenwart und zur Meisterung der Zukunft genauso wenig taugt wie ein Minderwertigkeitskomplex. Das Augenmaß, das als Voraussetzung für politische Arbeit unersetzlich ist, kann nur durch die Betrachtung des Gesamtbildes gewonnen werden. Zur Selbsterkenntnis gehört Mut, für den einzelnen genauso wie für ein Volk. Jeder Mensch neigt dazu, dunkle Stellen seiner persönlichen Vergangenheit ins Unterbewußtsein zu verdrängen. Das ist nur natürlich und auch bis zu einem gewissen Maße entschuldbar, weil die Kraft, die jedes Individuum im Lebenskampf braucht, nicht aus der Erinnerung an eigene Schuld, sondern aus der tröstlichen Besinnung auf gute Taten und Leistungen gewonnen wird.

MANIPULIERTE GESCHICHTSSCHREIBUNG

In unserem öffentlichen Leben stehen wir aber vor einer widernatürlichen und deshalb unfaßbaren Umkehrung: Alles, was uns Kraft für die Zukunft geben könnte, wird verschwiegen oder durch ätzende Kritik ausgelöscht, alle in unserer Vergangenheit von einzelnen begangenen Fehler, Irrtümer oder gar Untaten werden ins Gigantische aufgebauscht, ja, der einzelne wird so lange für mitschuldig erklärt, bis er an diese Schuld glaubt und die Kraft, an eine bessere Zukunft zu glauben und für sie zu arbeiten, verloren hat. Deshalb ist der Versuch, das deutsche Volk von seiner Vergangenheit zu trennen und ihm sein Geschichtsbewußtsein zu nehmen, das größte nationale Verbrechen, das vor unseren Augen begangen wird.

Die Motive dieser Vergangenheitsbewältiger sind durchsichtig. Diese Geschichtsklitterer haben, gemessen am Format der wirklich Großen in unserer Geschichte, die Größe von Zwergen. Da sie genau wissen, daß ihnen kein weiteres Wachstum beschieden sein wird und da sie gleichzeitig davon überzeugt sind, daß unser Volk diese politischen Mainzelmännchen braucht, bleibt ihnen nur der Weg, die Riesen zu beseitigen oder wenigstens zu diffamieren und lächerlich zu machen. Wenn die Riesen fallen, sind die Zwerge gewachsen! Zwar nur relativ, aber ihnen genügt das.

Bei ihren Schmutzkanonaden gegen die Riesen bedienen sich die Zwerge einer Methode, die wenigstens jeder Gebildete durch-

schauen müßte. Sie stellen die geschichtlichen Persönlichkeiten mit einem kühnen Schwung in die Gegenwart und legen dann an die Großen die Maßstäbe von heute an, wobei sie besonders gern das Wort Moral im Munde führen, und lassen die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in der damaligen und in der heutigen Umwelt auch völlig beiseite, wenn es in das Konzept paßt. Bei diesem fortgesetzten Rufmord gehen sie nicht das geringste Risiko ein, denn die Großen der Vergangenheit sind ja tot und können sich nicht mehr verteidigen. Wahrscheinlich aber würden sie es auch unter ihrer Würde halten, sich mit diesen Geschichtsfälschern überhaupt zu unterhalten.

Wozu dieser Umgang mit der deutschen Vergangenheit führt, wird durch einen Vorgang unserer Tage deutlich. Am 3. Oktober 1968 beschloß das Bundeskabinett 1,5 Millionen Mark für eine Ausstellung aus Anlaß der 100sten Wiederkehr des Reichsgründungstages zur Verfügung zu stellen. Die Ausstellung soll am 21. März dieses Jahres im Berliner Reichstagsgebäude von Bundestagspräsident von Hassel eröffnet und am 18. Mai in der Frankfurter Paulskirche durch Bundesinnenminister Genscher der Öffentlichkeit übergeben werden. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Hansen und Sperling schickten daraufhin an Bundesinnenminister Genscher ein Telegramm, in dem sie die angeblichen nationalistischen Tendenzen bei der geplanten Ausstellung beklagten. Ergebnis: Die Ausstellung wird nun durch die Wannseer Protokolle und die Kasseler Begegnung zwischen Brandt und Stoph „bereichert" werden. Zwar kann man dem greisen Kaiser Wilhelm keine Judenverfolgungen andichten und Bismarck nicht nachweisen, daß er Deutschland geteilt hat, aber wenn man die entsprechenden Ausstellungsstücke neben diese beiden und den Bericht über ihre geschichtliche Leistung stellt, dann ist wenigstens verhindert, daß die Deutschen beim Besuch dieser Ausstellung einmal stolz darauf sein könnten, zu diesem Volk zu gehören. Nichts, aber auch gar nichts darf unbeschmutzt bleiben.

DIE DEUTSCHEN VON DAMALS

Ich finde, daß wir einmal den umgekehrten Weg gehen sollten. Stellen wir doch einmal die Menschen von 1871 den Zwergen gegenüber, die heute ihr Andenken besudeln. Ich denke dabei nicht nur an die Männer, die damals im Vordergrund der politischen Bühne standen, sondern an die einfachen Männer und Frauen unseres Volkes, die in dieser Zeit lebten, litten, kämpften und stolz darauf waren, zu diesem Volk zu gehören.

Viele heutige Kritiker stellen die Reichsgründung als ein Werk der Armee dar, und das ist heute in weiten Kreisen bereits belastend genug. Was würden wohl die preußischen, bayrischen, württembergischen und alle anderen deutschen Soldaten sagen, wenn sie plötzlich mitten unter uns stünden? Angesichts der Hippies und Gammler, der Wehrdienstverweigerer, der Demonstranten mit roten Fahnen und Bildern von Lenin, Mao und Che Guevara würden sie sich erinnern, daß sie das schon einmal beobachten konnten, als in Paris der Aufstand der Kommune ausbrach. Sie würden erstaunt feststellen, daß in diesem Volke, das einmal durch Disziplin und freiwillige Unterordnung zu größten militärischen und politischen Erfolgen geführt werden konnte, heute der Generalangriff gegen jede Ordnung begonnen hat, angefangen vom antiautoritären Kindergarten über die Beseitigung auch des menschlichen Respekts vor der Persönlichkeit des anderen, bis zur Auflösung aller Bindungen in Familie, Volk und Staat. Die Grenadiere von 1870/71 trugen keine ungepflegten langen Haare, rauchten kein Haschisch und spritzten kein LSD. Sie dachten in Liebe und Verehrung an ihre Frauen und Bräute daheim, aber von Pornographie und Gruppensex hatten sie noch nichts gehört. So rückständig waren sie! Sie würden heute nicht von ihren Opfern reden, aber erkennen, daß dieses Volk kein Reich mehr erkämpfen wird, solange die Voraussetzungen dafür weder bei dem einzelnen Menschen, noch im politischen System gegeben sind. Um Mißdeutungen zu vermeiden, darf ich hier gleich klarstellen, daß ich in diesem Zusammenhang nicht mit einem einzigen Gedanken die Vorstellung hege, das Deutsche Reich könnte durch einen Krieg wiederhergestellt werden. Ich meine nur, daß unser Volk so lange nicht seine politische Freiheit wiedergewinnen kann, wie ihm die Tugenden fehlen, die für die Soldaten von damals selbstverständlich waren. Nicht Rauschgift und persönliches Ausleben machen ein Volk frei, sondern die opfervolle Hingabe des einzelnen an das Ganze.

Aber nicht nur die Soldaten von damals, auch die Männer im Bürgerrock, die Bauern, die Arbeiter und Handwerker, die Jünglinge, Frauen und Mädchen würden fassungslos vor den Heutigen und unserer Umwelt stehen. Der technische Fortschritt, unsere modernen Wohnungen, die leichter gewordene Arbeit, die kürzeren Arbeitszeiten und die erfreulichen Freizeiten würden sie ohne Frage tief beeindrucken und davon überzeugen, daß der Fortschritt das tägliche Leben in hundert Jahren erheblich erleichtert hat.

Würden sie aber auch glauben, daß die heutige Generation glücklicher ist? Ich meine, daß sie an unseren Gesichtern ablesen könnten, wieviel Hetze und Nervenverbrauch als Preis für den Fortschritt gezahlt werden. Zwar hatten unsere Vorfahren das Mode-

wort „Streß“ noch nie gehört, weil ihnen zur gegenseitigen Verständigung noch der deutsche Sprachschatz genügte, aber daß sich bei uns hinter einer glänzenden Fassade weniger Glück findet als damals, das würden sie erkennen.

Ganz besonders würden sie die politische Situation unseres Volkes nicht als Fortschritt, sondern als Rückfall in das 18. Jahrhundert begreifen. Was nützen euch die vielen Autos, wenn ihr damit noch nicht einmal nach Ost-Berlin, nach Leipzig oder Rostock fahren dürft! Wie könnt ihr behaupten, freier zu leben als wir damals, wenn 17 Millionen Deutsche unter einer Diktatur leben müssen, die auf Befehl Moskaus ausgeübt wird! Wie könnt ihr euch darüber erregen, daß 1871 deutsche Truppen für nur drei Tage symbolisch in Paris einmarschierten, während ihr euch doch daran gewöhnt habt oder es gar für Klugheit haltet, daß russische Truppen seit 26 Jahren in Deutschland stehen und in Berlin paradieren, wo früher die preußischen Garderegimenter durch das Brandenburger Tor marschierten! Das war Militarismus, sagen die Roten! Euch erscheint wohl der russische Militarismus als „Bruderhilfe“?

Gewiß, materiell geht es euch besser als uns damals. Aber die sozialen Verhältnisse haben sich in allen Völkern und Ländern verbessert. Wenn Freiheit etwas mit der Würde des Menschen zu tun hat, dann erscheint ihr uns viel unfreier, als wir es damals waren, denn ihr habt eure Eltern der menschlichen Würde entkleidet, eure Frauen und jungen Mädchen zu Sex-Maschinen degradiert und eurer Jugend alle Ideale geraubt. Das Denken, das entscheidende Merkmal für menschliche Würde und Freiheit, überlaßt ihr den Massenmedien. Ihr kennt nicht mehr den Begriff Volk, weil ihr zu einer lenkbaren Masse geworden seid. Wir kannten noch das Wort, das Ernst Moritz Arndt in die Herzen unseres Volkes geschrieben hat:

„Da ist Freiheit, wo du leben darfst, wie es dem tapferen Herzen gefällt; wo du in den Sitten und Weisungen und Gesetzen deiner Väter leben darfst; wo dich beglücket, was schon deinen Ureltervater beglückte; wo keine fremden Henker über dich gebieten und keine fremden Treiber dich treiben, wie man das Vieh mit dem Stekken treibt.“

Es mag sein, daß ihr eure Sklavenrolle gar nicht begreift, weil euch im Zuge der moralischen Demontage ein Begriff verloren gegangen ist, den wir vor hundert Jahren noch hatten: die nationale Ehre! Sagt bitte nicht, dieser Begriff habe nur in den führenden Ständen gelebt. Als uns damals Frankreich den Krieg erklärte — wahrscheinlich wißt ihr das gar nicht — empfand unser ganzes Volk vom König herunter bis zum pommerschen Landarbeiter die demütigen-

de Herausforderung und war bereit, für Deutschlands Freiheit und seine Einheit zu kämpfen und zu bluten, damit ihr dereinst in Freiheit leben solltet. Es ist nicht unsere Schuld, wenn ihr heute politisch die Rolle eines Entwicklungslandes spielt und die Beibehaltung dieses Zustandes auch noch für eine nationale Lebensmöglichkeit haltet. In hundert Jahren hat sich vieles in dieser Welt verändert, aber in der Politik gilt noch immer das Grundgesetz, daß der Starke den Schwachen unterdrückt. Die Stärke eines Volkes beruht aber nicht nur auf den Waffen. Die Geschichte beweist zur Genüge, daß militärische Siege kurzlebig sind und militärische Niederlagen überwunden werden können. Stärke und Lebenskraft eines Volkes beruhen auf seinem Ehrbewußtsein. Ein Volk, das seine nationale Ehre aufgegeben hat, wird von der Umwelt so behandelt wie ein Ehrloser von der bürgerlichen Gemeinschaft.

Ihr habt Autos, Kühlschränke, Radio, Fernsehen und Telefon, aber euer politisches Bewußtsein wird von dem der Franzosen, Russen, Polen oder Tschechen bei weitem übertroffen. Wenn ihr meint, in hundert Jahren sei alles besser geworden, dann unterliegt ihr einer groben Täuschung. Wir Deutschen von damals besaßen den untrüglichen Instinkt, daß wir uns in der Mitte Europas nur behaupten konnten, wenn wir einig waren und jeder sein Bestes gab, um das Reich aller Deutschen stark zu machen. Gewiß, wir haben damals eine Führergarnitur gehabt, die euch heute fehlt. Aber ohne den Gemeinsinn und die Opferbereitschaft der Geführten, die wir bei euch vermissen, hätte auch die beste Führung die Einheit des Reiches nicht herbeiführen können.

DAS VERTEUFELTE NATIONALGEFÜHL

Ich habe, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier bewußt die sogenannten breiten Schichten des Volkes von damals und heute verglichen. Die staatsmännischen und militärischen Leistungen, die zur Reichsgründung führten, werden dadurch nicht im geringsten verkleinert. Heute ruft so mancher nach einem neuen Bismarck. Wir wissen nicht, ob ein solches politisches Genie heute schon unter uns lebt. Wir hätten im Gegensatz zu damals in unserem demokratischen Staat die Möglichkeit, diesen Mann an die Spitze der Regierung zu wählen. Aber ich bezweifle, daß dies geschehen würde. Unsere Meinungsmacher würden diesen Politiker so lange als Nationalist, Reaktionär, Revanchist oder Nazi beschimpfen, daß er niemals den Auftrag übernehmen könnte, den er aus glühender Vaterlandsliebe durchführen möchte. Der Generalfeldmarschall von Molt-

ke aber wäre aus den gleichen Gründen bereits bei der Gründung der Bundeswehr als „Reaktionär" gescheitert, ganz abgesehen davon, daß heute der Krieg zur Erreichung politischer Ziele kein brauchbares Mittel mehr ist, jedenfalls nicht in unserer Lage, und deshalb der begabteste Feldherr nie mehr die Rolle spielen könnte wie vor hundert Jahren.

Es ist oft genug gesagt worden, daß jedes Volk die Führung hat, die es verdient. Ein Rückblick in die Geschichte sollte uns davon überzeugen, daß alles Gerede von Wiedervereinigung und Einheit von Volk und Nation sinnlos ist, solange wir nicht die Klugheit beweisen, in die politische Führung Männer zu wählen, die ohne jede Einschränkung für Deutschland die gleiche Freiheit und die gleichen Rechte fordern, die andere Völker für sich in Anspruch nehmen. Das allein wäre nationale Politik. Wer schon vor dem Wort „national" erschrickt, kann uns als Sachwalter der deutschen Lebensinteressen nicht dienen.

Wohin die Verteufelung des Begriffes „national" geführt hat, läßt sich leicht an einem Vergleich deutlich machen, der gerade am heutigen Erinnerungstage angebracht ist. Als nach dem deutsch-französischen Krieg im Frankfurter Frieden die alten Reichslande Elsaß und Lothringen, ohne daß auch nur die französischen Bevölkerungsteile vertrieben wurden, dem Reich wieder einverleibt wurden, protestierten die Führer der Sozialdemokratie, an der Spitze Bebel und Wilhelm Liebknecht, im Deutschen Reichstag. Sie erinnerten an das Selbstbestimmungsrecht der Völker und setzten als selbstverständlich voraus, daß der französische Chauvinismus nach Revanche rufen würde, obwohl diese Gebiete stets zum Reich gehört hatten, das Elsaß fast nur von Deutschen und Lothringen überwiegend von Deutschen bewohnt war. Heute empfehlen uns die Führer der Sozialdemokraten, auch wenn sie in staatlichen Ämtern nicht Parteipolitik machen, sondern gesamtdeutsche Verantwortung tragen sollten, den Raub der deutschen Ostgebiete zu respektieren, die völkerrechtswidrige Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen stillschweigend hinzunehmen, die Teilung Deutschlands zu dulden und die mitten durch die Reichshauptstadt gezogene Mauer als „Realität" zu betrachten. Sie setzen sich mit den Verbrechern an einen Tisch, die quer durch Deutschland Stacheldraht und Drahtverhau gezogen, Minensperren errichtet haben und auf Deutsche schießen lassen. Sie reden von „Normalisierung", wenn sie uns klar machen wollen, daß dies alles so bleiben muß, weil wir den Krieg angeblich allein verschuldet und dann auch noch verloren haben. Am Schluß jedes Krieges sollte der Frieden stehen, Verständigung und Aussöhnung. Wer aber nun behauptet, daß die Zustände in Deutschland

widernatürlich, unerträglich und demütigend sind, daß Gewalt und Unfreiheit niemals zu einem Frieden führen können, der ist ein „Nationalist“. Nationalist zu sein aber ist der schwerste Vorwurf, dem man sich aussetzen kann. Kriminelle, Gewalt- und Triebverbrecher können in unserem Lande mit der Milde der Gesetze, mit der Nachsicht der Richter und vor allem mit der Hoffnung auf einen komfortablen Strafvollzug mit anschließender Resozialisierung rechnen. Nationalisten aber sind der Abschaum der Menschheit, den man bis ins Grab verfolgt.

Es lohnt, darüber nachzudenken, warum deutsche Politiker gegenüber den deutschen Nationalisten einen geradezu alttestamentarischen Haß praktizieren. Um das zu begreifen, muß zunächst eine Begriffsverwirrung beseitigt werden. Jeder Engländer würde empört dagegen kämpfen, wenn England geteilt und durch London eine Mauer gezogen würde. In Frankreich gäbe es einen allgemeinen Volksaufstand, wenn etwa der südliche Teil des Landes zu Spanien geschlagen würde und in der Lichtstadt Paris kommunistische Separatisten einen Teilstaat errichten und Franzosen auf Franzosen schießen lassen würden. Engländer und Franzosen, die diese Schande empfänden, wären national. Und wenn sie in der Politik ihre nationalen Grundrechte verteidigen würden, dann wären sie nach neudeutschem Sprachgebrauch „Nationalisten“. An diesem Vergleich wird die Bewußtseinsspaltung klar, die heute in Deutschland herrscht. Deshalb ist hier folgendes zu sagen:

Wer für die nationale Freiheit seines Volkes eintritt, ist ein Nationalist. Wer die Unterdrückung fremder Völker fordert, ist ein Chauvinist oder ein kommunistischer Imperialist. National zu fühlen, ist ein politisches Grundrecht. Es setzt Ehrempfinden voraus. Nationalist zu sein ist also das Kennzeichen eines Ehrenmannes. Sein Widerpart ist jeder, der die nationalen Grundrechte seines Volkes preisgibt, auf Freiheit und Selbstbestimmung verzichtet, Unterdrückung und Gewalt anerkennt und die Interessen seines Volkes nicht wahrt. Die Antipoden sind, auf eine kurze Formel gebracht, der Nationalist und der Landesverräter. Vor diese Wahl gestellt, will ich lieber als Nationalist verfemt, denn als Landesverräter geehrt werden!

Der Nationalist spielt gegenüber dem Landesverräter die gleiche Rolle wie das Gewissen gegenüber dem Übeltäter. Der Sünder kann vor sich selbst nur bestehen, wenn er sein Gewissen unterdrückt und kann erst dann wieder dreist vor die Umwelt treten, wenn er das Gewissen lächerlich gemacht hat, um nun auch dem Volk sein Gewissen zu nehmen. Dem Verlust der Ehre geht die Unterdrükkung des Gewissens voraus.

Das sind Betrachtungen, die nicht nur in unsere Zeit, sondern in jede Geschichtsepoche passen. Die üblichen Schilderungen des Krieges von 1870/71 befassen sich mit den führenden Persönlichkeiten, etwa mit Kaiser Wilhelm I., Bismarck und Moltke, Napoleon III., MacMahon oder Bazaine, mit den Schlachten oder dem äußeren Ablauf der Kampfhandlungen. Das ergibt dann ein zwar nicht falsches, aber unvollständiges Bild. Der Krieg damals war nämlich kein Kabinettskrieg im Stile des 18. Jahrhunderts, sondern ein Volkskrieg, in dem auf beiden Seiten Massenheere kämpften, die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht eingezogen waren. In solchen Kriegen entscheiden nicht nur die Führung und Organisation, sondern nicht zuletzt die Moral der Truppen. Ich spreche jetzt nicht als Preuße oder Deutscher, wenn ich feststelle, daß die Deutschen und ihre Soldaten dem französischen Gegner vor allem moralisch überlegen waren. Dafür gibt es unzählige Zeugnisse französischer und neutraler Herkunft. Mit solchen Soldaten konnte man auch in härtesten Schlachten siegen. Einem solchen Volk, das stürmisch seine Einigung forderte, konnte man ein Reich schenken, während in Paris Linksradikale und Anarchisten einen der blutigsten Bürgerkriege der Geschichte entfesselten. Die Stärke der Bataillone, auf deren Seite nach einem alten Soldatenwort immer Gott steht, besteht in erster Linie in ihrer Moral und ihrer Disziplin. Modern formuliert: die Offiziere und Unteroffiziere der deutschen Bundesheere müssen damals schon etwas von Innerer Führung verstanden haben.

Der Krieg selbst lief in zwei großen Abschnitten ab. Im ersten kämpfte das deutsche Heer gegen die kaiserliche Armee. Über Spichern, Gravelotte und Sedan ging der Marsch nach Paris; die in Metz eingeschlossene französische Armee kapitulierte, eine weitere unter Bourbaki ließ sich in der Schweiz internieren, und die deutschen Armeen konnten einen zunächst noch dünnen Belagerungsring um Paris legen. Dieser erste Teil des Krieges war zugleich ein politischer Einschnitt, denn die Gefangennahme Napoleons in Sedan brachte zwar das Ende des französischen Kaiserreichs aber nicht das Ende des Krieges, sondern führte zu einem ganz neuen Krieg, von nun an gegen die französische Republik. Der Krieg veränderte sein Gesicht.

Am 15. Juli 1870 hatte der Krieg begonnen. Am 11. August erließ König Wilhelm I. von Preußen einen Aufruf an das französische Volk, in dem er sagte:

„Ich führe den Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs. Diese werden demnach fortfahren, eine

vollkommene Sicherheit ihrer Person und ihres Eigentums zu genießen, und zwar solange als sie mich nicht durch feindliche Unternehmungen gegen die deutschen Truppen des Rechtes berauben, ihnen meinen versprochenen Schutz angedeihen zu lassen."

Zu diesem Aufruf bestand Anlaß, denn vom ersten Tage an hatten französische Zivilisten, sogenannte Franktireurs, in die Kampfhandlungen eingegriffen. Wenn der preußische König, dessen ritterliche und christliche Gesinnung von keinem Historiker in Zweifel gezogen wird, diesen Aufruf erließ, dann wollte er diesen Krieg, den Frankreich vom Zaune gebrochen hatte, wenigstens in Grenzen halten und die Unmenschlichkeit, die mit jedem Krieg verbunden ist, auf das Unvermeidbare eindämmen. Heute wissen wir, daß der preußische König eine Gefahr voraussah, die späteren Kriegen den Stempel besonderer Grausamkeit aufdrückte. Von den Franktireurs von 1870/71 führt eine gerade Linie zu den Partisanen in Polen, Rußland, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, zum französischen Maquis und zu den sogenannten Widerstandskämpfern in Italien, Dänemark und Norwegen. Während die Haager Landskriegsordnung versuchte, den Krieg auf die Armeen zu begrenzen und die Zivilisten aus den Kampfhandlungen herauszuhalten, wurde die Zivilbevölkerung durch Partisanen und Untergrundkämpfer dem Druck beider Seiten ausgesetzt und wehrlos in den Strudel des Krieges hineingezogen. Wenn es heute üblich ist, die Partisanen als Helden zu feiern — selbstverständlich nur diejenigen, die gegen Deutschland gekämpft haben — dann kann unseren linksintellektuellen Meinungsmachern nicht deutlich genug gesagt werden, daß die Partisanen, auch wenn man ihrem Kampf anständige Motive zubilligt, den modernen Kriegen den letzten Hauch von Ritterlichkeit und Menschlichkeit genommen haben. Der heimtückische Kampf aus dem Hinterhalt erfordert eine entsprechende Abwehr durch die regulären Truppen, und die unbeteiligten Zivilisten sind die Opfer. Verweigern sie den Partisanen ihre Hilfe, dann werden sie von diesen erschossen; helfen sie ihnen, dann fallen sie nach geltendem Völkerrecht der Abwehr zum Opfer. Wenn heute in Deutschland Pazifisten kommunistische Partisanen verherrlichen, dann offenbart sich hier eine ganz besondere Verlogenheit. Begonnen hat diese Begriffsverwirrung 1870/71.

FRANKREICHS FARBIGE TRUPPEN

Ich darf hier noch auf eine andere Tatsache hinweisen, die zur politischen Wertung dieses Krieges gehört. Auf französischer Seite wurden Farbige eingesetzt, Turkos und Zuaven, und diese Regimenter wurden von den weißen Franzosen besonders bejubelt und gefeiert. Frankreich hat zum ersten Mal in größerer Zahl Farbige als

Soldaten ausgebildet, in Europa gegen Weiße eingesetzt und ihnen die Gewißheit geschenkt, daß man ungestraft Weiße töten darf. Das ist einer der tiefsten Gründe für den späteren Zusammenbruch der weißen Kolonialherrschaft. Zwar lehnen wir sie heute aus vollster Überzeugung ab, aber die in Frankreich gelernte Gewaltanwendung brachte den farbigen Völkern ihre Freiheit nicht nach einem vorangegangenen organischen Reifeprozeß, sondern in den meisten Fällen vorschnell auf blutigem Wege. In Indochina und Algerien haben französische Soldaten für diesen politischen Fehler mit ihrem Blut zahlen müssen, ganz zu schweigen vom Kongo, von Vietnam oder Nahost. Der Einsatz farbiger Truppen hat das französische Schicksal nicht zu wenden vermocht, aber weltpolitische Folgen für das folgende Jahrhundert mit heraufbeschworen.

Heute ist das Problem der farbigen Welt in seiner sozialen Bedeutung erkannt, und auf dem Wege der Entwicklungshilfe wird versucht, den Lebensstandard dieser Völker so zu heben, daß keine weltrevolutionäre Explosion erfolgt. Bis zur Jahrtausendwende wird aber die Weltbevölkerung von heute etwa 3,5 Milliarden Menschen auf 6 Milliarden angestiegen sein, von denen voraussichtlich nur noch ein Viertel Weiße sein werden. Kein Futurologe kann voraussagen, welche politischen Folgen es haben dürfte, wenn Dreiviertel der Weltbevölkerung farbig und unterernährt sein werden. Eines aber ist gewiß; die weiße Menschheit wird die dann möglichen Auseinandersetzungen nur überstehen, wenn sie in ihren Staaten starke Ordnungszellen aufgebaut hat. Das können nur Nationalstaaten sein, die in sich gesund sind und sich für supranationale Zwecke verbünden. Als 1871 das Deutsche Reich gegründet wurde, entstand eine solche Ordnungszelle. Daß sie heute nicht mehr vorhanden ist, wird später einmal nicht nur vom deutschen Volk beklagt werden.

LICHTSTADT PARIS

Kehren wir nach Paris zurück. Als die deutschen Truppen die französische Hauptstadt einschlossen, brach für die Franzosen eine Welt zusammen. Noch drei Jahre vorher hatte der Glanz der Weltausstellung Paris als Lichtstadt der Welt erstrahlen lassen. 15 Millionen Besucher waren hierher geströmt, an der Spitze viele gekrönte Häupter, und in Longchamps hatte Napoleon III. dem preußischen König und dem russischen Zaren seine Armee in einer farbenprächtigen Parade vorgestellt. An dieser nahmen allerdings statt 60 000 — wie geplant — nur etwa 30 000 Soldaten teil, aber mangelhafte Organisation als Ursache wurde natürlich nicht von der begeisterten Zuschauermenge erkannt, sondern höchstens von den preußischen Offizieren, die in der Weltausstellung auch die offen gezeigten Relief-

pläne der französischen Festungen in aller Ruhe studieren konnten. Das von der Firma Krupp ausgestellte 50 Tonnen-Geschütz, ein 56 cm Mörser, der neun Zentner schwere Geschosse verschießen konnte, wurde von den Franzosen eher als kurioses Ungetüm, denn als Grund zum Nachdenken gewertet. In ihren Augen manifestierte sich Paris in diesen Monaten als die Metropole der Welt, und in der Kette glanzvoller Feste blieb alles andere unbeachtet.

Man nahm es nicht besonders tragisch, daß die französischen Truppen in Mexiko die Erschießung Kaiser Maximilians I. in Quéretaro nicht verhindern konnten und übertünchte diese außenpolitische und militärische Schlappe mit der aufpolierten Erinnerung an den Krim-Krieg. Lästig erschien nur, daß der österreichische Kaiser Franz Joseph aus diesem Grunde die Weltausstellung verspätet besuchte, denn schließlich war es ja sein Bruder, der die französische Abenteurer-Politik in Mexiko mit seinem Tode bezahlen mußte, und seine Schwägerin, die nach dem tragischen Ende ihres Mannes dem Wahnsinn verfiel. Daß im gleichen Jahr Karl Marx in London sein Standardwerk „Das Kapital" veröffentlichte, ging im Trubel des Ausstellungsjahres völlig unter. Auch die rasante Verbreitung der Syphilis — eine Nebenerscheinung der Weltausstellung — wurde geflissentlich übersehen, denn nach außen hin blieb das Sündenbabel äußerst moralisch. In Trouville z. B. wurden Männer verhaftet, wenn sie ohne Zylinder badeten! Auch das Attentat eines Polen auf Zar Alexander II. erregte kaum mehr Aufsehen als heute ein Verkehrsunfall. Niemand kam auf den Gedanken, daß dies einer der entscheidenden Gründe sein würde, warum Rußland drei Jahre später neutral blieb. Man lebte überhaupt in den Tag hinein und hatte keine Zeit an die Zukunft und mögliche Gewitterwolken zu denken. Hatte nicht Napoleon III. erklärt: „Das Kaiserreich bedeutet Frieden"? Hatten sich nicht unter dem Kaiser die industrielle Produktion und der Außenhandel verdoppelt? Hatte nicht der geniale Städteplaner Hausmann Paris durch großzügig angelegte breite Avenuen und zahlreiche Repräsentationsbauten ein Gesicht verliehen, das uns heute noch fasziniert? Niemand erkannte, daß durch den Abbruch weiter Wohnviertel mit einer gesunden sozialen Schichtung nun ausgesprochene Proletarierviertel entstanden waren, in denen die soziale Frage sichtbar und das Elend so komprimiert wurde, daß eine Explosion in der Luft lag. In den Augen der Franzosen war Paris das Nonplusultra des Glanzes, und hier sei angemerkt, daß genau 70 Jahre später zur Weltausstellung in Paris ein Deutscher den Schlager komponierte, der 1937 die ganze Welt eroberte: „Paris, du bist die schönste Stadt der Welt".

Und nun war dieses Paris durch den Belagerungsring der deutschen Truppen von der Außenwelt abgeschlossen! Die Pariser fielen

aus einem Himmel der Illusionen auf die harte und kalte Erde. Da es für die französische Mentalität unmöglich war, den Grund für dieses niederschmetternde Ereignis in der militärischen Überlegenheit der Deutschen zu finden, riefen sie Verrat, wie sie es in diesem Kriege nach jeder Niederlage taten. Zum Hauptschuldigen erklärte das Volk den kranken und in Gefangenschaft geratenen Napoleon, so daß Gambetta unter der begeisterten Zustimmung der Massen die Republik ausrufen und Tochu als erster Präsident der Republik sich im Einvernehmen mit dem Volkswillen fühlen konnte.

DIE REPUBLIK KÄMPFT WEITER

Es hätte der politischen Logik entsprochen, wenn die Republik den vom Kaiser angezettelten Krieg nun durch einen raschen Friedensschluß beendet hätte. Der Gedanke lag militärisch nahe, weil Frankreich im Herbst 1870 über keine intakte mobile Armee verfügte. Auf der deutschen Seite wiederum hatte es zwar zur Einschließung der französischen Hauptstadt gereicht, eine Erstürmung von Paris erschien aber zu riskant und hätte nach aller Voraussicht zu sehr schweren blutigen Verlusten geführt. Die Belagerung wiederum konnte nur durch eine monatelange Aushungerung zum Erfolg führen, da die für ein wirksames Bombardement notwendige schwere Artillerie noch nicht herangeführt war. In dieser Lage hätte auch die deutsche Seite gute Gründe gehabt, auf einen Friedensschluß einzugehen.

Die Hauptsorge lastete in diesen Monaten auf Bismarck. In Preußen hatten die Politiker gegenüber den Militärs traditionell ein minderes Gewicht, auch wenn sie die größere Verantwortung trugen. Bismarck sah in dieser vergleichsweise ereignislosen Zeitspanne zwei Gefahren. Einmal rechnete er damit, daß die Republik wegen der gloire den Krieg fortsetzen und einen militärischen Massenaufstand gegen die Deutschen organisieren würde. Zum anderen blieb ihm nicht verborgen, daß sich die Weltmeinung gewandelt hatte. Während zu Beginn des Krieges die Sympathien wohl in der ganzen Welt den Deutschen galten, wurde jetzt die Belagerung des herrlichen Paris allgemein übelgenommen. Zwar war ein direktes militärisches Eingreifen Englands nicht zu befürchten. Da aber weder Preußen noch die anderen deutschen Länder über eine nennenswerte Kriegsmarine verfügten, war nach Lage der Dinge damit zu rechnen, daß eine kämpfende Republik mit dem ungehinderten Nachschub über See rechnen konnte. In Italien hatte Cavour, der italienische Bismarck, die Gelegenheit benutzt, um die den Vatikanstaat beschüt-

zenden französischen Truppen zu schlagen und die Vatikanstadt durch Bersaglieri stürmen zu lassen. Rom war frei geworden, um die Hauptstadt eines geeinten Italien zu werden, aber im Urteil der Katholiken der ganzen Welt wurde dieses Ereignis als mittelbare Folge der deutschen Siege in Frankreich kritisch beurteilt, wenn nicht negativ als Sieg der protestantischen Preußen über das katholische Frankreich. Nicht nur dadurch kamen Bismarck Zweifel über das weitere Verhalten Österreichs. Die nun bevorstehende Einigung Italiens mußte Wien beunruhigen, und Königgrätz war noch nicht vergessen. Daran erinnerten auch die Franzosen, als sie mit dem Ruf „Rache für Sadowa" in diesen Krieg zogen und dadurch ihre Solidarität mit Österreich bekundeten. Schließlich blieb auch offen, wie lange man in Petersburg dem deutlichen Anwachsen der deutschen Macht untätig zusehen würde. Die Gefahr, daß aus einem deutsch-französischen Krieg sich ein Mehrfrontenkrieg entwickeln könnte, war unübersehbar. Aus dieser Sicht wird verständlich, daß Bismarck auf eine schnelle Beendigung des Krieges drängen mußte.

Die letzte Sorge Bismarcks war gewiß die Haltung der deutschen Sozialdemokraten. Zwar war diese Partei noch klein und entsprechend unbedeutend, aber bei einem negativen Verlauf des Krieges hätten ihre Argumente doch in größeren Teilen des Volkes und damit auch in der Truppe Gehör finden können. Nicht die ganze SPD war pazifistisch, sondern nur eine kleine Gruppe wirklichkeitsferner Ideologen. Alle Sozialdemokraten aber kämpften gegen die Dynastien und folglich auch gegen die im Interesse von Dynastien geführten Kriege. Nun ließ sich nicht bestreiten, daß der Krieg 1870 von Napoleon III. vom Zaune gebrochen war und damit von einer Dynastie, die in Frankreich die Verantwortung für die sozialen Schäden und Wunden eines dem napoleonischen Regime eng verbundenen kapitalistischen Wirtschaftssystems trug. Der Kampf gegen diesen Napoleon, nicht gegen das französische Volk, lag also auf der Linie sozialdemokratischer Politik. Als im Norddeutschen Reichstag die Kriegskredite bewilligt wurden, stimmten von fünf sozialistischen Abgeordneten drei dafür und zwei, Bebel und Wilhelm Liebknecht, enthielten sich der Stimme. Der Vorgang erinnert an die Haltung der deutschen Sozialdemokraten im Reichstag 1914. In beiden Fällen mußten die Sozialdemokraten mit der Volksstimmung rechnen, die sich stürmisch zur Verteidigung des Vaterlandes bekannte. Übrigens weist die 1870 von den sozialdemokratischen Abgeordneten angewandte Differenzierung des Kriegsbegriffs bereits in eine ferne Zukunft. Auch der Kommunismus und seine Moskauer Zentrale lehnen nicht den Krieg grundsätzlich ab. Man unterscheidet zwischen „gerechten" und „ungerechten" Kriegen. Gerecht ist jeder Krieg, der die Weltrevolution vorantreibt, ungerecht ist jeder Krieg, den ein nichtkommunistisches Land führt.

Nach Sedan ergab sich auch für die Sozialdemokratie eine neue Lage. Der französische Angriff war abgewehrt, der Verteidigungskrieg in den Augen dieser Nicht-Soldaten bereits gewonnen. Sie konnten oder wollten nicht begreifen, daß die militärische Entscheidung noch nicht gefallen war und betrachteten jetzt die Fortsetzung der militärischen Operationen als einen Angriffskrieg. Diese Entwicklung an der Front gab nunmehr allen deutschen Sozialdemokraten das Stichwort für die Fortsetzung ihres alten Kampfes gegen den verhaßten Bismarck. Prompt folgte die Forderung, auf jede Annektion französischen Gebietes zu verzichten und schleunigst mit der französischen Republik Frieden zu schließen. Weitere Kriegskredite wurden jetzt abgelehnt. Wie schon bei Kriegsbeginn kam es jetzt zu sozialdemokratischen Kundgebungen, z. B. in Leipzig, Chemnitz und Braunschweig, Augsburg und Nürnberg. Der gesamte Zentralausschuß der SPD, ausgenommen die immunen Abgeordneten Bebel und Liebknecht, wurden als Hochverräter verhaftet und auf die Feste Boyen bei Lötzen gebracht. Damit war der SPD jede Möglichkeit genommen, das politische Geschehen wirksam zu beeinflussen.

Wahrscheinlich wäre es gar nicht nötig gewesen, gegen die deutschen Sozialdemokraten mit Zwangsmitteln vorzugehen, denn der weitere Verlauf des Krieges bewies, daß alle von den Sozialdemokraten vorgebrachten Argumente völlig gegenstandslos waren, weil die französischen Sozialisten nicht im entferntesten daran dachten, Frieden zu schließen, sondern mit allen Mitteln daran gingen, den Volkskrieg gegen die Deutschen zu organisieren. Die militärischen Niederlagen buchte man auf das Schuldkonto Napoleons, und nun rief man das Volk auf, die durch den „Verräter" verschuldeten Niederlagen wettzumachen und den Krieg durch eine gewaltige Anstrengung der Massen doch noch zu gewinnen. Die pazifistische Ideologie lebte nur in verschrobenen Köpfen, in der Wirklichkeit war sie nicht zu finden. Der Krieg ging weiter. Die Deutschen hätten ihn auch durch einen Rückzug aus Frankreich nicht beenden können, denn die Massenarmeen der Republik wären der deutschen Armee genauso gefolgt wie die Revolutionsheere von 1792, die in Deutschland einfielen. Fürstenheere zerfallen beim Sturz des Fürsten, Volksheere kämpfen für ein Ideal, das durch eine militärische Niederlage nicht widerlegt und ebenso durch einen Sieg nicht bestätigt wird. Mit dem Auftreten von Volksheeren hatten die alten Spielregeln dynastischer, mit Söldnerheeren geführten Kriege, ihre Gültigkeit verloren. Goethe formulierte als Augenzeuge der Kanonade von Valmy 1792 diese Erkenntnis in dem inhaltsschweren Satz: „Von hier und heute beginnt eine neue Epoche der Weltgeschichte."

In der Tat reagierte Frankreich, insbesondere Paris, auf die Niederlage von Sedan in einer Weise, die nicht in das Denkschema der

deutschen Sozialdemokraten hineinpaßte. Am 4. September, zwei Tage nach der Kapitulation Napoleons, wurde in Paris die Republik ausgerufen. In einem Manifest an die deutschen Arbeiter begrüßte der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die französische Republik mit einem „Hurra"! An der Front gab es allerdings kein Hurra, denn für die Deutschen war der Krieg noch nicht beendet, und die Franzosen schickten sich an, einen ganz neuen Krieg zu beginnen. Die revolutionäre Pariser Arbeiterschaft wurde von den Linksintellektuellen, unter denen Victor Hugo eine führende Rolle spielte, in einen leidenschaftlichen Nationalismus hineingepeitscht und schrie nach Waffen. Unter dem Präsidenten Trochu wurden allein in Paris 350 000 Nationalgardisten mobilisiert. Als sie im Kampf eingesetzt wurden, hatte sich Victor Hugo allerdings bereits in das neutrale Belgien abgesetzt.

BÜRGER IN UNIFORM

Es ist heute noch eine ebenso dankenswerte wie notwendige Aufgabe, die Geschichte der französischen Nationalgarde zu studieren, denn hier begegnet uns wieder — wie in den Revolutionsheeren — der Bürger in Uniform. Die Städteplanung Hausmanns hatte bewirkt, daß die Pariser Stadtviertel gewissermaßen nach Ständen geordnet waren. Das Proletariat war weitgehend aus dem Stadtkern ausgesiedelt und in die Vororte umgesetzt worden, ein Vorgang, der bis heute seine Folgen zeigt. Noch bei den Wahlen in unserer Zeit erkennt man den „roten Ring" um Paris mit vielen kommunistischen Bürgermeistern in diesen roten Arrondissements. Als Bürgermeister des Pariser Stadtteils Montmartre begegnet uns 1870 zum ersten Mal der damals 29jährige Georges Clemenceau, der mit den roten Kommunarden solidarisierte, 1871 als Deputierter in der Nationalversammlung gegen den Friedensvertrag mit Deutschland stimmte und nach dem ersten Weltkrieg erklärte, es gäbe 20 Millionen Deutsche zuviel. 1876 war er in der Pariser Kammer der Wortführer der äußersten Linken und der „Ministerstürzer". Damals gab man ihm den Beinamen „der Tiger", also nicht etwa, wie in Deutschland oft irrtümlich geglaubt, erst 1917, als Clemenceau — inzwischen Ministerpräsident — gegen die nach der gescheiterten Nivelle-Offensive meuternden französischen Truppen brutalste militärische Maßnahmen anordnete. Sie wurden dann von der Kammer mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Clemenceau ist der Prototyp der in Frankreich häufigen Kombination eines Linksaußen und fanatischen Chauvinisten.

Entsprechend der soziologischen Aufteilung der Pariser Arrondissements rekrutierten sich auch die Bataillone der Nationalgarde. Neben einer Minderzahl bürgerlicher Verbände stand die Masse der proletarischen Bataillone. Die Nationalgarde war also nicht etwa eine politisch homogene Truppe, wenn auch in dem Wunsche einig, Paris zu verteidigen. Die Offiziere in der Nationalgarde wurden von der Truppe gewählt, und so erklärt sich, daß ein großer Teil dieses Offizierskorps aus Nicht-Soldaten bestand, aus Politikern und Linksintellektuellen, die zwar wortgewaltig in den permanenten Diskussionen fochten, aber an der Front meistens nicht zu sehen waren oder eine sehr klägliche Rolle spielten. Phantastische Uniformen, die an Operettenausstattungen erinnerten, waren nicht selten, bei den nachgemachten Offizieren die Regel. Die Massen strömten trotzdem in die Nationalgarde, weil es dort wenigstens einen bescheidenen Sold und überhaupt noch Verpflegung gab. Obwohl die Ausbildung schlecht und die Bewaffnung sehr lückenhaft war, hätten diese Truppen den deutschen Armeen ernsthafte Schwierigkeiten bereiten können, wenn die Führung und Organisation der Nationalgarde auch nur einigermaßen dem Kampfwillen der Truppe entsprochen hätten.

Der blutige Ernst, in den die Nationalgarde hineingestellt war, hält mich davon ab, die von ihrer Führung aufgeführte Komödie mit der an sich gebotenen Ironie zu schildern. Die Pariser Linksradikalen von damals gleichen unseren heutigen Linksintellektuellen wie ein Ei dem anderen. Ihre Haupttätigkeit war die Diskussion. Während die Nationalgardisten auf den Pariser Festungswällen frierend auf Wache standen, sich verteidigten, Ausfälle machten und blutige Verluste zu beklagen hatten, diskutierten die Führer vor, während und nach jeder Unternehmung die militärischen Aspekte, für die keiner Sachkenntnisse mitbrachte. Die Ausfälle der Pariser Besatzung endeten in Niederlagen, weil die Ausfallrichtungen falsch gewählt und mit den Entsatzversuchen aus der Provinz nicht koordiniert waren, weil die Truppenführer im allgemeinen unfähig waren, auch nur kleine Verbände zu führen und weil mit der Dauer der Besatzung das Vertrauen der Truppe zu dieser Führung verloren ging und die politischen Gegensätze schließlich dazu führten, daß bürgerliche Teile der Nationalgarde gegen proletarische Bataillone eingesetzt werden mußten. Das Experiment des „Bürgers in Uniform“ endete in einem blutigen Chaos.

Ziehen wir daraus die Lehre, daß für ein Offizierskorps weder parteipolitische Überzeugung noch ein Parteibuch genügen, sondern daß die Truppe an erster Stelle die militärische Qualifikation des

Offizierskorps verlangt, weil jeder Dilettantismus auf diesem Gebiet mit dem Untergang der mißbrauchten Soldaten enden muß!

DIE ROTEN WIE HEUTE

Die politische Entwicklung in Paris während der Belagerung war nicht zuletzt dadurch bestimmt, daß Hunderttausende von Angehörigen der bürgerlichen Stände die Hauptstadt vor der Einschließung verlassen hatten, so daß eine proletarische Mehrheit zurückblieb. Diese Massen erwarteten Taten, und sie waren bewaffnet. Nach dem Vorbild der französischen Revolution bildeten sich Clubs, die bald ein politisches Mitbestimmungsrecht forderten. Sie standen im Gegensatz zu den republikanischen Autoritäten, die sie zunächst durch endlose Diskussionen lähmten. Parallel dazu entwickelte sich die Demoralisierung der Nationalgarden, die immer weniger Verpflegung, aber viel Alkohol erhielten und überall öffentlich die freie Liebe praktizierten. Rausch, Sex und Pornographie waren schon damals die unmittelbaren und offenbar gewünschten Begleiterscheinungen der linken Revolutionäre. Der deutsche Einschließungsring um Paris aber hielt trotz der in der Provinz durch den Advokaten Gambetta organisierten levée en masse, der besonders die Bayern unter General von der Tann im Raume Orléans entgegentraten, wobei sie sogar bei Coulmières eine Niederlage hinnehmen mußten. Schließlich begann am 27. Dezember das Bombardement auf Paris, dessen materielle Wirkung gering, dessen politische Auswirkung in der Welt aber ebenso nachteilig für die deutsche Seite war. In drei Wochen wurden auf Paris 12 000 Granaten verschossen, die 97 Menschen töteten und 278 verwundeten, während die deutsche Artillerie mehrere hundert Gefallene zu beklagen hatte. Die Wirkung dieses Bombardements war also weniger eine militärische als eine psychologische. Paris fiel am 28. Januar 1871, zehn Tage nach der Reichsgründung in Versailles.

Die Belagerung von Paris hatte 130 Tage gedauert. Während dieser Zeit hatten sich die politischen Dinge draußen weiterentwickelt. Die republikanische Regierung, die ursprünglich nach Bordeaux ausgewichen und später nach Versailles verlegt worden war, hatte Bismarck um Waffenstillstandsverhandlungen gebeten. Dieser Waffenstillstand kam am 28. Januar 1871 zustande; Favre vollzog am gleichen Tage die Kapitulation der Hauptstadt.

Für Bismarck war das vordringliche Ziel dieses ursprünglich bis zum 19. Februar befristeten Waffenstillstandes die Durchführung von Neuwahlen. Aus diesen sollte eine Regierung hervorgehen, die

zum Abschluß eines Friedens legitimiert war. Die Wahlen fanden auch am 8. Februar statt und konnten, obwohl in manchen Departements durch die Kriegsverhältnisse behindert, so durchgeführt werden, daß von 768 Sitzen des Parlaments 675 einwandfrei besetzt werden konnten. Es ergab sich eine ultrakonservative Mehrheit. 400 Monarchisten standen 150 Republikanern gegenüber. Daneben gab es vor allem linke und ultralinke Splittergruppen. Als Kuriosum kann verzeichnet werden, daß der italienische Freikorpsführer Garibaldi als Abgeordneter von Savoyen gewählt wurde.

Obwohl die Mehrheit der neugewählten Kammer für den Frieden eintrat, mußte der Waffenstillstand verlängert werden, bis am 26. Februar in Versailles der Vorfriedensvertrag abgeschlossen werden konnte.

Inzwischen hatten sich nämlich in Paris die politischen Ereignisse überschlagen. Den Linksintellektuellen war es gelungen, den beabsichtigten Friedensvertrag als ein Machwerk der Kapitalisten und Monopolisten mit dem Ziel der Unterwerfung des Proletariats hinzustellen. So riefen die Massen wieder nach den Waffen und zum Kampf, diesmal nicht gegen die Deutschen, sondern gegen die neugewählte französische Regierung.

Daß auch das rote Paris sich mit der militärischen Niederlage Frankreichs abgefunden hatte, zeigte sich deutlich beim Einmarsch der deutschen Truppen vom 1. bis 3. März 1871. Es handelte sich nicht um eine Besetzung der französischen Hauptstadt, sondern um einen symbolischen Akt, den die Armee und die Volksmeinung in Deutschland stürmisch gefordert hatten. Diesmal gelang es Bismarck nicht — wie fünf Jahre vorher nach Königgrätz — diese Siegesparade zu verhindern. Zu stark hatte das Frankreich Napoleons das deutsche Nationalgefühl verletzt, zu überheblich hatten die französischen Politiker sich der deutschen Einigung widersetzt. Nun setzten sich auf der deutschen Seite die Stimmen durch, die ein sichtbares Zeichen der Strafe und zugleich eine Warnung für die Zukunft forderten. Die deutschen Truppen zogen auch, wie vereinbart, nach drei Tagen wieder aus Paris ab und überließen die Stadt ihrem Schicksal. Der deutsch-französische Krieg, in der ersten Phase ein Krieg gegen Napoleon, in der zweiten ein Krieg gegen die Republik, war gewonnen.

DER BÜRGERKRIEG DER KOMMUNE

Nun folgte der dritte Krieg, ein Bürgerkrieg, den die Franzosen unter sich abmachten, während die Deutschen auf die Rolle des Zuschauers an den Wällen der Festung beschränkt blieben.

Bereits am 26. Februar waren in Paris die ersten roten Fahnen aufgetaucht. In Paris und auch draußen im Lande rief man nach der Kommune, in Lyon z. B. unter Führung des russischen Anarchisten Bakunin, eines ehemaligen russischen Gardeoffiziers. Nun begann in der Hauptstadt der offene Bürgerkrieg, der seinen ersten Höhepunkt am 17./18. März im Kampf um die Kanonen von Montmartre fand. Die Ultralinken erzwangen Wahlen für den Stadtrat, die am 26. März stattfanden. 120 000 Stimmen wurden für das Zentralkomitee der am 18. März ausgerufenen Kommune abgegeben, 60 000 für die gemäßigteren Bürgermeister. Der aus 90 Mitgliedern bestehende Rat der Kommune wurde rot, 19 Mitglieder gehörten zu internationalen Gruppen, die Mehrheit bestand nicht aus Arbeitern, sondern aus Journalisten und Künstlern. Die Kommune dachte nicht daran, sich der Regierung in Versailles zu unterwerfen und errichtete eine rote Schreckensherrschaft, die übereinstimmend von Zeugen aller politischen Richtungen als weit grausamer bezeichnet wurde als die der Jakobiner 1792. Wenn man bedenkt, daß zu den Nationalgarden allein 25 000 Kriminelle gehörten, die sich nun bewaffnet als Träger der Staatsgewalt betätigen konnten, dann läßt sich ermessen, was in Paris vor sich ging. Die Zahl der Denunziationen gegen politische Gegner wird von französischer Seite auf 350 000 geschätzt! Unter dem Deckmantel politischer Parolen wurden Privatrechnungen jeder Art beglichen. Mord, Totschlag, Vergewaltigungen, Raub, Plünderungen und Diebstahl kennzeichneten die öffentlichen Zustände im Paris der Kommune.

Es lag nahe, die deutschen Truppen zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse nach Paris zurückzurufen. Bismarck ist diesem Gedanken nicht einen Augenblick gefolgt. Vielmehr gestand er der französischen Regierung in Abänderung des Waffenstillstandsvertrages genügend reguläre Truppen zu, um Thiers die Eroberung seiner Hauptstadt zu ermöglichen. Diese vollzog Marschall MacMahon vom 13. bis zum 28. Mai. In dieser Zeit fielen im Straßenkampf und durch Erschießungen auf beiden Seiten etwa 25 000 Franzosen. Die Kommune von Paris, die keinerlei entscheidende Gesetze zustandebrachte, war das Chaos, das den Begriff Kommune mit blutigen Lettern in das Buch der Geschichte eintrug. Dort, wo sie ausgebrochen war, auf dem Montmartre, errichteten die Franzosen die weltbekannte Kirche Sacré-Coeur „als Zeugnis der Reue und Symbol der Hoffnung".

Den Berufsrevolutionären in aller Welt blieb diese Einsicht allerdings verschlossen. Karl Marx bezeichnete die Kommune als die organisatorische Form der direkten Demokratie. Für ihn war sie „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte." Ein Hohn auf die blutigen

Tatsachen! Zwei Tage nach der Niederlage der Kommune verlas Marx im Generalrat der Sozialistischen Internationale eine Adresse über den Bürgerkrieg und „nagelte in ihr die Vertilger der Kommune an den Schandpfahl der Geschichte". Marx ist es zu verdanken, daß die blutbefleckte Pariser Kommune in der Politik als Idealbild der roten Revolutionäre überlebte. Die hier genannte Adresse von Marx wurde zur Unterlage für Lenins Theorie der Diktatur des Proletariats. Lenin ordnete an, daß nach seinem Tode sein Leichnam in eine Kommunardenfahne zu hüllen sei, und die ersten Kosmonauten der Sowjetunion führten bei ihrem Flug in das Weltall den Fetzen einer Pariser Kommunardenfahne mit sich. Von Paris bis zu den Ausschreitungen der APO in Berlin führt eine gerade Linie. Die Kommune ist die Form der bewaffneten Weltrevolution bis heute geblieben. So sah Karl Marx schon damals ihre Bedeutung, als er schrieb: „Wie aber der Krieg immer ende, er hat das französische Proletariat in den Waffen geübt und das ist die beste Garantie der Zukunft."

Damals, in der letzten Maiwoche 1871, blickten die Franzosen allerdings in eine düstere Zukunft. Frankreich hatte in diesem Kriege etwa 150 000 Gefallene und ebenso viele Verwundete verloren, während auf der deutschen Seite nur 28 208 Gefallene und 88 488 Verwundete zu beklagen waren. Nicht zuletzt spiegelt sich in diesen Zahlen die Überlegenheit der deutschen militärischen Führung wider. Für Frankreich war es besonders bitter, daß der Aufstand der Pariser Kommune fast mehr Tote gefordert hatte als die Deutschen an Gefallenen in Frankreich zurücklassen mußten.

Zu diesen blutigen Verlusten kamen die Friedensbedingungen, die in Frankreich als hart empfunden wurden: 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung und vor allem die Abtretung von Elsaß-Lothringen an das Deutsche Reich. Bismarck wollte diese Grenzveränderung nicht, aber er mußte sich auch hier mit den Forderungen der Militärs abfinden, die — aus den damaligen strategischen und waffentechnischen Bedingungen begründet — die Sicherung des Reiches nur unter Einbeziehung Elsaß-Lothringens für gegeben hielten. Auf die ursprünglich geforderte Abtretung von Belfort verzichtete man deutscherseits im Austausch gegen die Vereinbarung über den Einmarsch deutscher Truppen in Paris.

Daß Elsaß-Lothringen ein Zankapfel der Zukunft werden mußte, war deutlich. Die Abtretung war aber kein Unrecht, denn Elsaß und Lothringen waren alte Reichslande, die mit Gewalt dem deutschen Staatsverband entrissen worden waren. Im übrigen waren Gebietsabtretungen nach verlorenen Kriegen damals die Regel. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker bestand noch nicht, es hatte auch

auf dem Wiener Kongreß 1815 keine Rolle gespielt. Deshalb unterblieb auch — und das war ein Fehler — eine Volksbefragung in den umstrittenen Provinzen. Allen denen, die in der deutschen Geschichte fleißig Minuspunkte suchen, sei aber gesagt, daß die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens für das Reich in keiner Weise mit den völkerrechtswidrigen Verbrechen zu vergleichen ist, die am Ende des zweiten Weltkrieges in Ostdeutschland begangen wurden. In Elsaß-Lothringen wurde kein Zivilist erschossen, weil er sich zu Frankreich bekannte. Bei der Vertreibung der Ostdeutschen wurden zwei Millionen Deutsche ermordet. Aus Elsaß-Lothringen wurde niemand vertrieben, aus den deutschen Ostprovinzen, aus dem Sudetengebiet und Südosteuropa wurden mindestens neun Millionen Deutsche vertrieben, rund drei Millionen flüchteten aus Mitteldeutschland vor dem Terror der Roten Armee und der kommunistischen Gewalthaber. Wer sich über das Schicksal Elsaß-Lothringens erregt und gleichzeitig empfiehlt, den Raub deutschen Landes im Osten, die Teilung Deutschlands, die Mauer in Berlin und das millionenfach geschehene Unrecht anzuerkennen, verliert jede Glaubwürdigkeit im geschichtlichen Sinne.

Entscheidend war jedoch nicht, daß die Franzosen den Krieg militärisch verloren und die Deutschen ihn gewonnen hatten. Der Schwerpunkt der politischen Wende lag in der Politik. Während die deutschen Truppen das einige und freie Kaiserreich aus diesem Feldzug nach Hause brachten, war das Ende für die Franzosen ein blutiger Bürgerkrieg. Der Haß, mit dem er auf beiden Seiten geführt wurde, lebte fort und belastete die junge Republik mit einer Hypothek, deren Verzinsung die französische Innenpolitik bis heute beschäftigt.

Zeitgenössische Schriftsteller berichten vom letzten Tag der Niederschlagung des Aufstandes der Kommune, daß während der letzten grausamen Kämpfe und Erschießungen deutsche Soldaten in nächster Nähe auf den Festungswällen unbeteiligt ihre Heimatlieder sangen. Drinnen das Chaos, draußen die Ordnung. Zwei Welten offenbarten ihr Gesicht!

Die Reichsgründung in Versailles, bewußt auf den Jahrestag der Krönung des ersten preußischen Königs 1701 in Königsberg gelegt, war die Erfüllung eines alten deutschen Traumes. Aber es waren nicht die Träumer, die dieses Werk zustandegebracht hatten, nicht die Burschenschaften und Turner, die Revolutionäre von 1848 und die Abgeordneten in der Paulskirche. Niemand wird diesen Männern, die unter der schwarz-rot-goldenen Fahne sogar für die großdeutsche Einheit gekämpft hatten, ihr ehrliches patriotisches Wollen abstreiten. In der Politik entscheidet aber nicht nur das heiße

Wollen, sondern die Macht, die es ermöglicht, ein Ideal zu verwirklichen. Bismarck hatte nicht auf der Seite dieser Patrioten gestanden, denn er sah nicht nur ihren Nationalismus, sondern dahinter die revolutionären Kräfte, die zerstörerisch wirken, aber nicht aufbauen konnten. Für ihn waren die Dynastien, unter deren Launen und Überheblichkeiten er am meisten zu leiden hatte, bei allen Mängeln die Bausteine, die möglichst unversehrt zur Errichtung des Reiches benutzt werden mußten. Er verband sich nicht mit den Kräften, die von unten drängten, aber er benutzte die Stimmung des Volkes, um die Fürsten mit mehr als sanfter Gewalt in das Reich zu zwingen. Die Opfer der deutschen Armeen in den Einigungskriegen gaben ihm auf diesem Wege das überzeugendste Argument in die Hand. In diesem Sinne ist die Reichsgründung von 1871 im letzten Akt tatsächlich ein Werk der Soldaten, die niemand um den politischen Erfolg ihres Einsatzes betrügen durfte. Bismarck und die siegreiche Armee hatten die Macht, das zu erreichen, was den Barrikadenkämpfern versagt blieb.

Das Reich Bismarcks war im Vergleich mit dem geschlagenen Frankreich eine heile Welt.

Victor Hugo hatte das politische Ergebnis dieses Krieges erkannt, als er hinter den siegreichen deutschen Truppen hergeiferte: „Ihr seid meinen Kaiser losgeworden; ich werde kommen, damit Ihr Euren loswerdet!“

DER „SOZIALIST“ BISMARCK

Vorerst konnte allerdings davon keine Rede sein. Das Reich der Deutschen war entstanden. Zwar war es nicht das Reich aller Deutschen, sondern die kleindeutsche Lösung, ein Beweis für den Wirklichkeitssinn Bismarcks. Die Deutschen Österreichs blieben draußen, aber andererseits war das Reich Bismarcks, von wenigen Minderheiten abgesehen, ein Staat, in dem sich die Volks- und Reichsgrenzen nahezu deckten. Deshalb war diese Reichsgründung nahezu das Idealbild eines Nationalstaates, dem seine völkische Geschlossenheit Lebensfähigkeit und Kraft verlieh.

Die politische Einigung und der gewonnene Krieg waren auch die Ursachen eines gewaltigen wirtschaftlichen Aufstiegs im Zeichen der Industrialisierung. Diese Epoche ist unter der Bezeichnung „Gründerzeit“ in unsere Geschichte eingegangen.

Die Kehrseite dieser stürmischen Entwicklung war die Entstehung des Proletariats, war die soziale Frage. Aus heutiger Sicht ist es sehr leicht, die Ursachen der sozialen Schäden aufzudecken. Vergessen wir nicht, daß damals für die Folgen der Industrialisierung

noch keine zeitlich ausreichenden Erfahrungen vorlagen. Die Volkswirtschaft war noch eine der jüngsten Wissenschaften ohne verbindliche, aber mit viel sehr widersprüchlichen Aussagen. Die Regierungen standen der industriellen Entwicklung ebenso unerfahren und ohne das notwendige Instrumentarium für volkswirtschaftliche Eingriffe reichlich ratlos gegenüber. Ich glaube, daß man die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des jungen Bismarck-Reiches, wenn auch unter vielen Vorbehalten, mit der Entwicklung der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkriege vergleichen kann. In beiden Fällen, nach einem gewonnenen und nach einem verlorenen Kriege, ging es zunächst einmal darum, vordringliche Aufgaben zu lösen. Diese lagen in der Politik. Durch die Kaiserproklamation in Versailles war ja das Reich noch nicht geschaffen, es mußte langsam zusammenwachsen und mit politischem Inhalt erfüllt werden, so wie die Bundesrepublik aus einer Reißbrettkonstruktion erst einmal zu einer politischen Realität entwickelt werden mußte. In beiden Fällen ging es zunächst um die Entwicklung der Produktion, vor hundert Jahren in einer Art Erfolgsrausch, in unserer Zeit unter dem Zwang, aus den Trümmern herauszukommen. In beiden Fällen aber blieb die Lösung sozialer Probleme aus oder auf halbem Wege stecken. Ein solches Mißverhältnis zwischen wirtschaftlichem Aufstieg und sozialer Ungerechtigkeit ist eine wahre Fundgrube für Kritiker, die im einzelnen auch recht haben. Aber hinterher weiß man bekanntlich alles besser, und der objektive Betrachter kann nicht leugnen, daß es noch keinem Staat gelungen ist, alles Richtige und Notwendige gleichzeitig zu tun. Diesen Perfektionismus kennen nur die Ideologen; in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Praxis wachsen die Bäume langsamer. Das muß begriffen werden, um dem Staatsmann Bismarck eine gerechte Beurteilung zu sichern.

In Paris hatten die Franzosen deutlich genug gezeigt, daß unsoziale Zustände in eine Revolution münden. Für den konservativen Bismarck waren diese Vorgänge ein eindrucksvoller Anschauungsunterricht. Er hatte begriffen, daß die für ihn einzig denkbare staatliche Ordnung, nämlich die monarchisch-konservative, nur Bestand haben konnte, wenn sie soziale Gerechtigkeit schuf. Das Bismarck-Reich war der erste Staat mit einer Sozialversicherung, die in ihren verschiedenen Sparten die härteste Not der Arbeiter und Angestellten im Falle der Krankheit, der Invalidität, der Arbeitslosigkeit deckte und darüber hinaus eine erste Altersversorgung für die Arbeitsveteranen und Rentenansprüche für ihre Witwen und Waisen begründete. Das alles war noch höchst unzulänglich, aber die anderen europäischen Staaten haben die Anfänge der Bismarckschen Sozialgesetzgebung erst Jahrzehnte später nachgeahmt, in einzelnen

Teilen nicht erst nach dem ersten, sondern sogar nach dem zweiten Weltkrieg. Nicht zuletzt wegen seiner Sozialpolitik konnte der Kanzler Bismarck sich im größten Teil seiner Amtszeit nicht auf seine konservativen Freunde stützen, sondern hatte sich ständig mit ihrem Widerstand auseinanderzusetzen. Ebenso selbstverständlich war es für ihn, daß er dieses soziale Reformwerk nicht durch die Kreise stören lassen konnte, denen es letzlich gar nicht um Reformen, sondern um den Sturz des Systems ging. Auch das gab es damals schon, und man benutzte dazu den gleichen Sprachschatz, wie er heute aus den Universitätstumulten herauszuhören ist.

DEUTSCHLAND ALS EUROPÄISCHE ORDNUNGSMACHT

Die Kritiker aller Richtungen mögen ihre Federn am Staatsmann Bismarck und seinem Werk wetzen. Tatsache ist, daß dieser Staat bei allen innenpolitischen Auseinandersetzungen eine äußerst stabile Ordnungszelle in Europa blieb, die erst zerbrach, als der erste Weltkrieg die Kräfte dieses Volkes überforderte. Vollkommen war dieses Bismarck-Reich sicherlich nicht, aber es war bestimmt so beschaffen, daß sich die Deutschen in diesem Vaterlande wohlfühlten und stolz darauf waren, Deutsche zu sein.

Die Stabilität des Bismarck-Reiches verlieh ihm auch die Kraft, in der Außenpolitik die Rolle einer europäischen Führungsmacht zu übernehmen. Der Frieden, das Ideal aller zivilisierten Menschen und Völker, kann in pazifistischen Reden und Schriften zwar gefordert, aber nicht verwirklicht werden. Im harten Raum der Außenpolitik kann der Frieden nur herrschen, wenn der Friedenswille der Verantwortlichen mit der Macht verknüpft ist, die Einhaltung des Friedens zu erzwingen. Diese Voraussetzungen hatte Bismarck geschaffen. 43 Jahre lang blieb Europa vom Kriege verschont, auch nach Bismarcks Entlassung, als seine Nachfolger nicht verstanden, die auf den Frieden ausgerichtete Außenpolitik Bismarcks fortzusetzen.

Der Berliner Kongreß von 1878 sah Bismarck als ehrlichen Makler des Friedens, und das war nicht die einzige Gelegenheit, bei der der Reichskanzler als Sprecher eines starken Reiches den Frieden retten konnte. Damals gab es mehr Europa als heute, da jedermann von Europa redet und eine Vielzahl europäischer Organisationen auftritt. Damals gab es Europa, weil unser Kontinent durch die Reichsgründung in der geographischen Mitte gesundet war. Als 1919 das Bismarck-Reich im gleichen Spiegelsaal des Versailler Schlosses politisch entmachtet wurde, war das vordergründig ein

Schlag gegen Deutschland, in der geschichtlichen Auswirkung ein Tiefschlag gegen Europa. Dieses Diktat war die wichtigste Voraussetzung für den politischen Aufstieg Hitlers. Als das von ihm geschaffene Großdeutsche Reich ohne Friedensschluß durch die Verträge von Jalta und Potsdam geteilt und politisch ausgelöscht wurde, verlor Europa endgültig seine politische Mitte. Seitdem stehen von Lübeck bis Triest die rote Revolution und die westliche Ordnung einander unmittelbar gegenüber. Nicht aus eigener Kraft, sondern nur mit Hilfe der USA ist bisher das weitere Vordringen der Weltrevolution in Europa ausgeblieben. Wer wagt es vorauszusagen, daß dies so bleiben muß?

Seit 1945 gehört es in Deutschland zum guten Ton, den Nationalstaat als überholt zu erklären und daraus zu folgern, daß wir Deutsche nicht das Recht haben, die Wiedererrichtung eines Reiches mit nationalstaatlichem Charakter zu fordern. Während in der ganzen Welt, vor allem in der Dritten Welt durch die Beseitigung des Kolonialismus, überall neue Nationalstaaten entstehen, während sogar kommunistische Staaten immer deutlicher nationales Profil gewinnen, während auch in Westeuropa bei allen gemeinsamen Anstrengungen die nationale Selbständigkeit als Selbstverständlichkeit gewahrt wird, wird uns das Vereinte Europa im Sinne eines Eintopfs als einzige mögliche Lösung empfohlen. Wer so denkt, sieht in der Reichsgründung Bismarcks selbstverständlich eine europäische Fehlleistung. So sehr kann eine Ideologie den Blick auf die Wirklichkeit verdunkeln. Solange das Bismarck-Reich bestand, war Europa noch der Mittelpunkt unserer Welt. Seit die europäische Mitte zerschlagen ist, liegen die Schwerpunkte der Macht in Amerika und der Sowjetunion, später vielleicht einmal in Japan oder China. Ohne Deutschland gibt es kein Europa als weltpolitische Kraft.

Wer heute Europa will, sollte zuerst allen Illusionen abschwören und bei Bismarck in die Lehre gehen. Er schuf das Reich, ohne Preußen, Bayern, Sachsen, Baden oder Württemberg zu zerschlagen und benutzte die deutschen Länder als Bausteine für das Reich. Er ließ den deutschen Stämmen ihre Fürsten, ihre Fahnen und eigene Kokarden und garantierte ihnen die Selbstverwaltung in einem Bundesstaat. Er zerstörte nicht, um aufzubauen, sondern baute unter Verwendung des Gewordenen. Seine Rücksichtnahme auf Gefühle ging so weit, daß er in den Ländern viele Traditionen bestehen ließ, die aus der Vielfalt der deutschen Stämme gewachsen waren, aber er vereinigte alle Deutschen unter einem Dach. Er war kein Revolutionär, sondern ein Schöpfer.

Auch die politische Einigung Europas kann nur auf einem ähnlichen Wege erreicht werden. Es wäre eine Utopie, zuerst die geschichtlich gewordenen Staaten zu zerschlagen, um dann auf der Tabula rasa

einen Einheitsstaat zu errichten, in dem die Völker Europas zu einem Eintopf zusammengerührt werden. Es entspricht konservativer Auffassung, die Vielfalt zu respektieren, ihr die erforderliche Bewegungsfreiheit zu belassen und darüber die politische Einheit — am besten in bundesstaatlicher Form — zu errichten, soweit es die Durchsetzung gemeinsamer Ziele erfordert. Das ist ein langer Weg. Ideologische Überspitzungen und voreiliges Handeln können hier mehr schaden als nutzen.

Wer behauptet, daß Nationalstaatlichkeit die europäische Einigung verhindert, hat nicht zu Ende gedacht. Der mögliche Weg kann doch nur so aussehen, daß jeder europäische Staat soviel an Souveränität aufgibt, wie eine gemeinsame europäische Politik es erfordert und soviel Selbständigkeit behält wie die gemeinsame Verteidigung der Freiheit zuläßt. Je behutsamer dieser Einigungsprozeß durchgeführt wird, umso mehr wird er die Anerkennung aller europäischen Völker finden, bis eines Tages eine Nation Europa entstanden sein wird.

Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Gerade heute wird uns bewußt, daß der deutsch-französische Krieg von 1870/71 ein europäischer Bruderkrieg war. Daß Deutsche und Franzosen noch einmal gegeneinander kämpfen sollten, erscheint uns heute unvorstellbar. Gerade deshalb aber wäre es Bilderstürmerei, die Zeugnisse der Vergangenheit zu beseitigen, denn gerade sie sind eine beredte Lehre und eine unüberhörbare Mahnung für beide Völker im Blick auf die Zukunft, in der wir Schulter an Schulter stehen müssen oder einzeln untergehen werden.

DIE LEHRE FÜR EUROPA

Vor wenigen Jahren besuchte ich mit jungen Deutschen Verdun, wo wir Gäste des französischen Gymnasiums waren. Am nächsten Tage fuhren wir gemeinsam zum Douaumont. Dort legten wir für die gefallenen Franzosen einen Kranz mit blau-weiß-roter Schärpe nieder, die Franzosen für unsere Toten einen Kranz mit schwarzer Schleife und dem silbernen Eisernen Kreuz. Gesprochen wurde dabei nichts, aber die jungen Menschen beider Völker verstanden den Sinn.

In Bazeilles sind die Toten von 1870 — Bayern und französische Marine-Infanterie — gemeinsam in einer großen Kapelle beigesetzt, die in einzelne Gewölbe aufgeteilt ist. Auf der linken Seite sind die deutschen Gefallenen, nach Regimentern geordnet, unter würdigen Gedenksteinen bestattet. Rechter Hand liegen die Skelette der französischen Gefallenen offen über der Erde. Das war

damals nicht etwa eine pazifistische Geste, sondern ein Ruf nach Revanche: Wir werden keine Ruhe in der Erde finden, bis die Niederlage gerächt ist! Staatschef de Gaulle persönlich ordnete an, daß diese makabre Stätte unverändert erhalten bleiben sollte.

Vergleichen wir die Begegnung von Verdun mit dem Geist, der uns in Bazeilles entgegentritt, dann begreifen wir, daß die Jugend beider Völker ihre europäische Verantwortung kennt.

Das waren aber auf beiden Seiten junge Menschen, die ihr deutsches oder französisches Vaterland lieben und sich gerade deshalb zusammenfinden, weil ihre Vaterländer nur dann überleben können, wenn sie allein durch ihr Zusammenstehen den drohenden Sturm aus der Weite Asiens abschrecken. Im politischen Alltag zeigt sich allerdings, daß es billiger ist, von Europa zu reden, als europäisch zu handeln. Man denke nur an die französischen Vorbehalte in der EWG, z. B. gegen eine europäische Währungsunion. Solange die europäischen Regierungen nicht erreichen, daß die Menschen in Deutschland, Frankreich und den anderen europäischen Ländern ihre Einkäufe mit gleicher Münze bezahlen können, erhalten sie einen Zustand, den einst die Völker des Westens mit blutiger Münze werden bezahlen müssen.

Gerade an einem Tage, der für uns Deutsche eine stolze Erinnerung ist, können wir darauf hinweisen, daß wir für die Einigung Europas bisher die größten Opfer gebracht und damit bewiesen haben, daß wir alte Feindschaften ehrlich überwinden können.

Der Kampf zwischen Deutschen und Franzosen ist Geschichte. Der 1871 in Paris sichtbar gewordene Kampf zwischen den Mächten der Ordnung und dem roten Chaos geht weiter. In ihm müssen beide Völker überleben.

LAUDATIO FÜR BISMARCK

An diesem Tage ist es aber vor allem unsere Aufgabe, den Reichskanzler Otto v. Bismarck zu würdigen. Zwar wäre es eher zeitgemäß, eine geschichtliche Persönlichkeit herunterzureißen. Wenn ich das nicht tue, dann nicht, weil es etwa an dem Menschen Bismarck nichts zu kritisieren gäbe, sondern weil ich meine, daß jeder Mensch und erst recht jeder Staatsmann im ganzen gewürdigt werden muß. Wenn dann bei einer solchen Betrachtung das Gute überwiegt, dann ehrt es uns alle, wenn wir heute in tiefer Hochachtung dieses Mannes gedenken.

Ich achte Bismarck, weil er ehrenhaft war, eine übermenschliche Leistung vollbrachte und seinen von den Vätern ererbten Namen unverändert in das Buch der Geschichte eintragen konnte.

Ich achte Bismarck, weil ihm zeitlebens deutsche Uniformen genügten und weil er trotz aller Enttäuschungen treu seinem Herrn, seinem Volk und seinem Vaterlande diente und dadurch die Achtung und Liebe auch derjenigen Deutschen erwarb, die ihn nicht immer auf seinem Wege begleiteten.

Ich achte Bismarck, weil es ihm gelang, das Vertrauen zwischen Führung und Volk herzustellen, das allein politische Erfolge herbeiführen kann.

Ein Bundeskanzler Bismarck in Bonn würde uns von einem Berg von Sorgen befreien, denn von ihm wüßten wir, daß er keinen Illusionen nachjagen würde und daß das Wohl unseres Vaterlandes — und niemals der Erfolg einer Partei — oberste Richtschnur seines Handelns wäre. Bismarck konnte von sich sagen: Patriae inserviendo consumor (Im Dienste des Vaterlandes verzehre ich mich). Wohl dem Volke, das in bitterster Notzeit einen solchen Mann an seiner Spitze weiß!

Heute besteht Preußen nicht mehr, und das Reich ist zerbrochen. In den Straßen Berlins und unserer Großstädte tobt unter roten Fahnen eine linksradikale Jugend, die nicht mehr an Deutschland denkt, sondern an Vietnam, Spanien oder Griechenland, aber nicht an die unterdrückten Völker in Ungarn, Polen oder der Tschechoslowakei. Aber dieser Lärm auf den Straßen ist vergänglich. Wenn wir im Sachsenwald an den Sarkophag dieses großen Deutschen treten, umfängt uns die Stille, die aus geschichtlicher Größe geboren wird. Theodor Fontane hat sie am Tage nach Bismarcks Tode mit Worten geschildert, die uns auch heute noch ans Herz rühren:

Der Leib zerfällt, der Stein zerfällt,
Aber der Sachsenwald, der hält;
Und kommen nach dreitausend Jahren
Fremde hier des Weges gefahren.
Und sehen, geborgen vorm Licht der Sonnen,
Den Waldgrund in Efeu tief eingesponnen,
Und staunen der Schönheit und jauchzen froh,
So gebietet einer: „Lärmt nicht so! —
Hier unten liegt Bismarck irgendwo."

DIE AUFGABE DER JUNGEN

Wenn wir die Zeit vor hundert Jahren mit der Gegenwart vergleichen, dann mag es manchem von uns scheinen, daß Deutschland im Sterben liegt und der Untergang des Abendlandes unabwendbar ist. Wer so denkt, resigniert und schweigt.

Gerade wir Soldaten haben an der Front immer wieder erlebt, daß jeder Mensch am Leben hängt, daß der Lebenswille jeder Kreatur

eingegeben ist, eine Naturkraft, die mehr bewirkt als Wissen und Können der Ärzte. Genauso ist es in der Politik. Das Schweigen ist ein Merkmal des Todes. Wer heute als Deutscher schweigt, macht sich mitschuldig. Wer aus Feigheit schweigt, gilt unter den Feigen als klug; die Jugend aber verzeiht Feigheit nie. Von ihr aber wird die Zukunft unseres Volkes abhängen.

Wir Älteren dürfen nicht verzweifeln. Je härter die Zeit, je unfaßbarer die Ereignisse, umso mehr muß für uns das Wort des Wahldeutschen Thomas Carlyle gelten „Arbeiten und nicht verzweifeln!" Unsere vordringliche Aufgabe ist es, der Jugend das geschichtliche Wissen zu vermitteln, das ihnen in der Schule vorenthalten und in vielen Elternhäusern nicht mitgegeben wird. Ich weiß, daß sich die Jugend geradezu provoziert fühlt, wenn wir von unseren Erfahrungen reden. Junge Menschen wollen ihre Erfahrungen selbst sammeln, aber es wird ihre Erkenntnis erleichtern, wenn sie sich dann im richtigen Augenblick an das erinnern, was ihnen Ältere gesagt haben.

Im übrigen glaube ich, daß ihnen die Umwelt und die künftigen Ereignisse soviel Lehren erteilen werden, wie sie heute von uns Älteren nicht annehmen wollen.

Die linksradikale Jugend begreift noch nicht, daß alles, was heute nicht nur in Deutschland, sondern im ganzen Westen zu beobachten ist, bewußt herbeigeführt wird, um das Abendland ohne einen Schuß für den Ansturm der Weltrevolution reif zu machen. Das aber ist der gewollte Sinn alles dessen, was wir heute mit Entsetzen, Scham oder Zorn erleben müssen.

Bereits im antiautoritären Kindergarten wird den Kindern beigebracht, daß sie nicht gehorchen müssen. Der Respekt vor Eltern oder Erziehern wird zerstört, denn damit schwindet die Autorität, ohne die aber keine politische Gemeinschaft erhalten werden kann. Es geht hier nicht darum, unser Gemeinwesen zu reformieren, was vor allem sozialpolitisch auf vielen Gebieten bitter notwendig wäre, sondern den Staat überhaupt zu zerstören, damit nicht nur unser Land nicht erobert zu werden braucht, sondern der kommunistischen Weltdiktatur als reife Frucht in den Schoß fällt. Unter dem Schlagwort der Bewußtwerdung sollen besonders die jungen Menschen gerade ihre Menschenwürde verlieren. Das beste Mittel dazu sind die Rauschgifte, die den einzelnen lebensuntüchtig machen und am Ende das ganze Volk lähmen sollen. .Rauschgift, Pornographie und sexuelle Ausschweifungen machen den einzelnen unfrei und das Volk unfähig, seine Freiheit zu behaupten. Der letzte Schritt ist die Verächtlichmachung der Mutter und damit auch noch die Ausschaltung der natürlichen Lebenskraft der Nation. Das alles ist ein ge-

schlossenes System, das unser Volk mit Sicherheit unter die Unfreiheit kommunistischer Diktatoren führen muß. Genau das ist beabsichtigt.

Wir haben die Pflicht, unserer Jugend mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß grenzenlose Freiheit mit Sicherheit in persönlicher und nationaler Knechtschaft endet!

Sie werden fragen, woher wir Deutsche heute noch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft herleiten können. Ich antworte: von unserer Jugend!

Ich bin nämlich überzeugt, daß früher oder später der jungen Generation klar werden wird, wohin sie treibt. Ich glaube fest, daß die jungen Menschen begreifen werden, daß Hasch und Ausschweifungen den Menschen nicht erhöhen, sondern erniedrigen und daß sie deshalb den Weg zu echtem Menschentum finden werden, das mit der freiwilligen Begrenzung der Freiheit beginnt und in die Einordnung in eine Gemeinschaft mündet. Sie werden erkennen lernen, daß keiner seine Freiheit allein verteidigen kann, sondern nur soviel Freiheit besitzt wie sein Volk. Dann werden sie wissen, daß in der Not das Vaterland der letzte Schutz ist.

Heute schreien viele noch „Lieber rot als tot!“ Eines Tages werden sie menschlich und politisch reif genug sein, um zu sagen „Weder rot noch tot!“ Ich glaube, daß dieser Tag kommen wird, denn bei allem Auf und Ab in der Geschichte unseres Volkes ist die Befürchtung nicht begründet, daß ein ganzes Volk geisteskrank wird. Die Wandlung wird kommen, von der Jugend her, und wir alle können nur hoffen, daß sie nicht zu spät kommt. Die Kraft zum Glauben müssen wir allerdings aufbringen. Und Geduld dazu, denn keine schwere Krankheit kann von heute auf morgen geheilt werden.

Die Erinnerung an die Zeit vor hundert Jahren ist ein Mittel dieses Gesundungsprozesses. Wir, die wir diese Heilwirkung kennen, haben wie ein Arzt die Pflicht, an das Krankenbett zu treten, auf dem sich der Patient im Delirium windet. So ernst ist der Zustand unseres Volkes, so groß unsere Aufgabe!

Ich fordere Sie auf zu glauben und vor allem, unserer Jugend zu vertrauen. Wir wollen im Glauben nicht schwächer sein als der Fabrikarbeiter Karl Bröger, der 1916 die Worte fand:

Mögen wir sterben,
unseren Erben
gilt dann die Pflicht
es zu erhalten
und zu gestalten:
Deutschland stirbt nicht!

Bismarck sagte: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt."

(1863 im Preußischen Landtag)

*

Bismarck in einem Erlaß an den Botschafter in London vor rund 100 Jahren zum Thema „Herstellung eines unabhängigen polnischen Staates": „Befrieden könnten wir die Ansprüche, welche dieser neue Nachbar auf unsere Kosten erheben würde, niemals. Sie würden außer Posen und Danzig sich demnächst auf Schlesien und Ostpreußen richten, und die Landkarten, in welchen die Träume der polnischen Insurrektion ihren Ausdruck finden, bezeichnen Pommern bis an die Oder als polnische Provinz."

Die polnischen Expansionsgelüste bestanden also bereits vor Hitler ... und wurden erkannt!

*

Walter Scheel. Nach der Paraphierung des Warschauer Vertrages in dem die Bundesregierung ein Viertel des deutschen Reichsbodens wider Völkerrecht und Grundgesetz und ohne Gegenleistung der polnischen Kommunisten und Nationalisten opferte, sagte der Bundesaußenminister: „Wir sind sehr glücklich!"

*

Willi Stoph, Ministerpräsident der „DDR", erklärte nach seinem Treffen mit Brandt in Kassel am 21. Jahrestag des deutsch-kommunistischen Satellitenstaates die Einheit der Nation als „Fiktion". Angesichts der Gegensätzlichkeit der Staats- und Gesellschaftsregime vollziehe sich unvermeidlich ein objektiver Prozeß der Abgrenzung und nicht der Annäherung!

*

Maxim Gorki: „Nach einem Gespräch mit einem Menschen hat man manchmal das Verlangen, einen Hund zu streicheln, einem Affen zuzulächeln und vor einem Elefanten den Hut zu ziehen."